



Haushaltsrede 2023

Landkreis Fürth, den 30. Januar 2023

Sehr geehrter Herr Landrat Dießl, sehr geehrte Damen und Herren Kreisratskollegen, sehr geehrte Gäste und sehr geehrte Pressevertreter,

auch ich beginne mit dem diesjährigen Kreishaushalts-Motto "Herausfordernd. Anpackend.". Dem stellt die AfD-Fraktion noch ein "**Transparent. Sparsam.**" gegenüber.

Zum Thema Transparenz bedanken wir uns, daß unser Vorschlag einer konsequenten Kennzeichnung von freiwilligen und Pflicht-Aufgaben und einer Aufstellung der **Finanzierungsanteile** anderer - wie Gemeinden, Land und Bund - an den Aufwendungen des Landkreises bereits angegangen wird.

Ebenso **bedanken** wir uns für die gute und für uns als immer noch relativ neue Fraktion manchmal auch etwas ausführlichere Darstellung von Zielen, Zahlen und Zusammenhängen.

Für die kollegiale **Zusammenarbeit** bei den Beschlüssen und Beratungen zum Haushalt danke ich Ihnen allen. Für die AfD-Fraktion ist es selbstverständlich, daß dabei Männer und Frauen sowie eine Vielzahl an Parteien auf der Grundlage ihres demokratischen Mandats zusammenarbeiten. Eine sprachliche **Trennung** durch floskelhafte Formeln oder Angst vor Applaus von oder für die vermeintlich falsche Seite ist daher nicht unsere Sache.

Wir freuen uns umso mehr, daß wir nun zum ersten Mal den Haushalt wieder im gemeinsamen **Kreistagssitzungssaal** verabschieden können, weil die Corona-Krise weitgehend überwunden ist. Allerdings scheint dies nicht überall so zu sein und das merkt man nicht nur an unterschiedlichen Sitzungsorten.

Gerade die Umlagekraft der Gemeinde mit der größten Kreisumlage, die die Haupteinnahmequelle des Landkreises darstellt, rutschte gegen den Trend nun um knapp 4,7 % ab. **Zirndorf** verschuldet so in gewisser Weise den Anstieg der Kreisumlage mit.

Erneut hat man trotzdem aus der SPD versucht, dem Landkreis den **Schwarzen Peter** zuzuschieben. Letztes Jahr sogar mit einer einsamen Nein-Stimme zum Haushalt und diesmal mit einem Antrag für mehr Sparsamkeit und mehr Schulden, der längst in die Haushaltsvorlage des Landkreises eingearbeitet war und selbst keine neuen Verbesserungsvorschläge enthielt.

Linke und ÖDP wären mit einer höheren **Personalkostenplanung** am liebsten bei den Tarifverhandlungen dem Landkreis in den Rücken gefallen, was zu einer noch höheren Kreisumlage-Anhebung geführt hätte.

Während die Grünen ein noch größeres Risiko eingehen und auch bei weiteren Kostenpunkten im Notfall auf das Abschmelzen der **Ergebnisrücklage** setzen wollten, was aber tatsächlich unseriös und nicht erlaubt wäre.

Bei der **Umlagekraft** ist unser Landkreis in dieser Kreistags-Wahlperiode schon **um 27 Plätze gesunken** und steht nun an acht-letzter Stelle von 71 bayerischen Landkreisen. Bereits bei unserer ersten Haushaltsberatung wollten wir dagegen die **Stelle des Wirtschaftsförderers stärken**.

Eigentlich muß sich jeder fragen, wie können wir Zirndorf als wichtigste Einnahmequelle wieder auf Vordermann bringen? Erschwerend droht dort nun die Anhebung von **Gemeinde-Steuern**, die eine wirtschaftliche Erholung weiter belasten.

Vielleicht sollte man z.B. weniger auf nur ein oder wenige Großunternehmen setzen und stattdessen einen breiten Ansatz fahren. Eine **echte Nahversorgung** mit inhabergeführten Metzgern, Bäckern und anderen Geschäften würde im Übrigen auch **klimaschonend** Wege sparen und **Heimat** mehr erhalten als jede Online-Kampagne. Auch aus der Nähe zum **Standort** einer bedeutenden Universität und Fachhochschule sollte sich ein Potential ergeben, das die Wirtschaftsförderung weiter ausloten könnte.

Natürlich gefällt auch uns die Erhöhung des Hebesatzes der **Kreisumlage** auf nun 41,5 % nicht, zumal wir nicht den genannten "mit Abstand niedrigsten Hebesatz in Mittelfranken" haben, sondern den zweitniedrigsten nach Weißenburg-Gunzenhausen, wo man schon gegen eine Anhebung um 0,4 Prozentpunkte auf nun 40,9 % protestierte. Der Durchschnitt lag 2022 in Mittelfranken bei rund 44,5 %.

Der Landkreis bleibt investiv, z.B. mit wieder knapp 1 Mio € im Straßenbau, davon fast 40% für Rad- und Gehwege. Auch im ÖPNV geht es 2023 mit dem Aufwand schneller nach oben als mit den Erträgen. Antizyklisches Investieren geht aber nur gut, solange die Bürger dafür genug Geld erarbeiten. Wir sollten daher nicht vergessen, daß in Deutschland die **Staatsausgaben** schon seit Corona sprunghaft auf über 50% des Bruttoinlandsprodukts kletterten.

Fast 40 Mio € sieht der Landkreis-Haushalt nun für Soziales und Jugend als größtem Ausgabenbereich vor. Das ist ein Anstieg von gut 12 %. Im Bereich Gesundheit und Sport, der fast nur ein Zehntel so groß ist, gehen die Ausgaben dagegen zurück. Der Anstieg des **Defizits beim Jugendamt** um 2,5 Mio € auf nun fast 17 Mio € erhöht die Ausgaben am stärksten.

Die Ursache liegt nicht im Landkreis, sondern vor allem in einer teils gerichtlich als grundrechtswidrig und unverhältnismäßig eingestuften **Corona-Politik**, die dem direktdemokratischen Vertrauen der AfD in das Verantwortungsbewußtsein der Bürger diametral entgegengesetzt war.

Auch die Ursache für den **Energiekosten-Anstieg** von 1,1 Mio € liegt nicht im Landkreis, sondern in einer energie- und außenpolitischen Prestige-Politik, die uns mehr schadet als nutzt.

In diesen beiden Bereichen Jugend und Energie können die **Sparbemühungen** der Verwaltung in Höhe von 3,5 Mio € den Kostenanstieg fast ausgleichen. Dies würdigen wir und **stimmen dem Haushalt und dem Finanzplan zu**.

Auch in der Personalvorlage zeigt sich der Wille zum Sparen, den wir aber noch deutlicher ausfallen lassen würden. Die **AfD hat als einzige Kreistagsfraktion** zumindest einige der seit dem letzten Stellenplan über 20 neuen, die Ausgaben steigernden **Stellen abgelehnt**.

Dieses Jahr müssen wir hier mit möglicherweise über 1 Mio. € Mehrkosten rechnen, was fast den Mehreinnahmen durch die Erhöhung des Kreisumlage-Hebesatzes entspricht. Die Kennzahl der **Personalaufwandsquote** lag 2016 noch bei 14,9 und ist seitdem jährlich auf jetzt zu erwartende 20 gestiegen, während sie zuvor mindestens vier Jahre konstant blieb.

Nach 2021 werden nun zum zweiten Mal die **Integrationslotsen** aufgestockt. Bereits seit diesem Sommer haben wir zusätzlich eine neue Asyl-Stelle und die Stellen im Bereich "Staatsangehörigkeit, Personenstands- und Ausländerwesen" von 6 auf 7 erhöht. Wir können nur hoffen, daß der Ukraine-Krieg trotz der Waffenlieferungen nicht weiter eskaliert und die Zuwanderung endlich so gesteuert wird, daß ihre zuletzt wieder besonders schmerzlich erfahrenen Nachteile nicht überwiegen.

In **Klimaschutz-Manager und Klimaschutz-Koordinator** sehen wir ein letztlich doch **doppelt gemobbelt Prestige-Projekt**, das zu einem Gutteil in heiße Luft investiert, die weder föderal noch national sondern, wenn überhaupt mit merklichem Effekt nur international abzukühlen ist.

Beim **Wohngeld** erhöht der Landkreis die Stellen von 3,5 auf 5,4 aufgrund einer Bundesreform, die mit geringeren Verbrauchs-Steuern und Bauauflagen, einer Abwicklung über das Finanzamt und einer weniger inflationstreibenden Politik deutlich unbürokratischer wäre.

Auch bei der Fachstelle **Partizipation** könnte man sparen, zumal es hier bereits zwei Teilstellen und genug potente Akteure bei Jugendverbänden und Gemeinden, aber zu wenig Fußvolk gibt.

Etwas über dem Durchschnitt liegt der Landkreis laut IT-Kennzahlen auch mit der Erhöhung der Stellen in der **IT-Anwenderunterstützung** um eine auf knapp 8,5.

Wir möchten dem Aufblähen des Staatsapparats entgegenwirken, wo der **Bund** eigentlich in Teilen für Abhilfe oder Zuschüsse sorgen müsste. Wir **lehnen den Stellenplan daher ab**.

Es läuft immer darauf hinaus, dass der **Staat** mehr an sich zieht und mehr reguliert. Von der Zuteilung von Geld über Grundrechte bis zur vermeintlich richtigen Gesinnung.

Wir brauchen daher aus meiner persönlichen Sicht keine **Zeitenwende** zurück in einen innereuropäischen Krieg, sondern zu unseren gemeinsamen Wurzeln eines **christlich-freiheitlichen Menschenbildes**.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!